

eigenen Interessen zu organisieren. Bis jetzt sind die Probleme, für die sie sich eingesetzt haben, nur auf solche Themen beschränkt, die mit ihrem eigenen Wohlergehen zu tun haben. Sie zielen nicht auf einen Konfrontationskurs gegen die Regierung ab und beabsichtigen mit Sicherheit nicht, die Regierung in Mißkredit zu bringen oder sie sogar zu stürzen.

Das Land macht gerade einen massiven Änderungsprozeß durch. Unter dem gegenwärtigen System hat eine kleine Gruppe enorm von diesem Prozeß profitiert, während eine große Zahl von Menschen, besonders in der Bauernschaft, weiterhin arm und unterprivilegiert ist. Die sozioökonomische Schere zwischen den wenigen Reichen und den vielen Armen, sogar unter den Malaien, die eigentlich als "privilegierte" Volksgruppe gelten, hat sich weiter geöffnet.



Titelblatt der FEER vom 10. Januar 1975; Razak war dahmals Premierminister von Malaysia.

Unter diesen Umständen gibt es nicht, was die Unmutäußerungen der Bauern in verschiedenen anderen Formen aufhalten könnte. Vielleicht ist die gegenwärtige Ausweitung religiös-politischer Bewegungen in den wirtschaftlich schwächsten Bundesstaaten und unter den Ärmsten der Landbevölkerung nur ein Ausdruck für die zugrundeliegenden sozioökonomischen Probleme, denen sich die Bauern gegenübersehen. Diese Probleme werden nicht mit Unterdrückungsmaßnahmen gelöst werden können. In der Tat wird Unterdrückung nur neue und größere Probleme hervorbringen. Wir könnten davon eine Menge profitieren, wenn wir aus der Geschichte und den Erfahrungen anderer Länderer der Dritten Welt lernen.

Syed Husin Ali

aus: aliran, Januar 1985, S. 7-8

NACHRICHTEN

KONTROVERSE UM RADIOAKTIVE ABFÄLLE GEHT WEITER

Die Debatte um die Lagerung radioaktiver Abfälle in Papan im Bundesstaat Perak ist noch nicht abgeschlossen. Anfang Dezember hatte das Kabinett in Kuala Lumpur zunächst einmal grünes Licht gegeben - noch bevor es die Berichte der ausländischen Experten, die die Sicherheit der geplanten Deponie untersucht hatten, in den Händen hielt. Zwei Wochen später kündigte Innenminister Musa Hitam an, die Entscheidung würde noch einmal überdacht und einen Monat später bekanntgegeben. In der Zwischenzeit ließ die Staatsregierung von Perak verlauten, daß ein alternativer Standort nur unweit von Papan ins Visir genommen worden sei. Die entgeltliche Entscheidung müsse jedoch in Kuala Lumpur getroffen werden. Am 21.1. schließlich war in der Presse zu lesen, daß auf einem Treffen am 11.1. entschieden worden wäre, das Zwischenlager an einen Ort ca. fünf Kilometer entfernt von Papan zu verlegen.

Die Gegner des Projekts, die Papan Support Group, die noch am 2.12.1984 in einem langen Brief an den Premierminister ihre Einwände zum wiederholten Male deutlich machte, sehen in der neuen Lösung keine Verbesserung. Der neue Bauplatz liegt nahe bei dem noch viel dichter besiedeltem Gebiet von Menglembu, und die Umweltrisiken sind ungefähr gleich.

Die Papan-Gegner kritisieren neben der mangelnden Umweltverträglichkeit vor allem die Informationspolitik der Regierung und das Fehlen jeglicher öffentlichen Diskussion über den Bericht der Experten.

Auch die Papan Support Group selbst hatte drei Experten aus England, den USA und Japan nach Papan geschickt; die Regierung lehnte es jedoch ab, sich mit den Ergebnissen, dieser - wie sie sagte - "selbsternannten" Experten auseinanderzusetzen.

Verärgert ist man im Lager der Papan-Gegner auch über den Verursacher der radioaktiven Abfälle, die Fabrik "Asian Rare Earth" und ihren japanischen Anteilseigner Mitsubishi, die sich in der Kontroverse bisher vornehm zurückhielten. In einer Presseerklärung der Environmental Protection Society (PSM) wird von einem "ohrenbetäubenden Schweigen" und einer "arroganten und indifferenteren Haltung gegenüber öffentlichen Interessen" gesprochen.

- vgl. Presseerklärung der EPSM vom 14.12.1984
Straits Times vom 19.12.1984
FEER vom 20.12.84, S. 12, AS Vol. 9, No. 4, S. 2ff

7 TOTE BEI EINEM UNFALL IN EINER ZINNMINE

7 Menschen kamen bei einem Unglück in einer Zinn-Mine ums Leben. Bei Reparatur-Arbeiten an dem schwimmenden Bagger bekam dieser plötzlich Schlagseite und kenterte. Einer der Schwimmtanks war Leck geschlagen und hatte das Kentern verursacht. Unter

den 7 Toten waren 5 Arbeiter, der Betriebsleiter des Baggers und ein australischer Ingenieur. Angesichts des Alters des Baggers von 50 Jahren wird in der malaysischen Öffentlichkeit nach den Sicherheitsbestimmungen und den technischen Sicherheitsüberprüfungen seitens der Behörden gefragt. Die Umweltschutz Organisation Sahabat Alam Malaysia (Freunde der Erde Malaysia) fordert eine Überprüfung der bestehenden Gesetze zum Bergbau sowie der Bergbaubehörden und der Technischen Prüfungsämter.

- vgl. SS Vol. 1, No 6, S. 1, 7-9;
MB 1.9.1984, S. 4-7, ALM Vol. 1, No. 4, S. 13/14, AL Vol. 6, No. 6, S. 28, Vol. 7, No. 1, S. 22

UNZUFRIEDENHEIT BEI DEN PLANTAGENARBEITERN

In verschiedenen Landesteilen Malaysias führten Plantagenarbeiter einen eintägigen Warnstreik durch, um die festgefahrenen Tarifverhandlungen zwischen der National Union of Plantation Workers - NUPW - (Nationaler Gewerkschaftsverband der Plantagenarbeiter) und der Malayan Agricultural Producers' Association (=Verband Malaiischer Landwirtschaftlicher Produzenten) wieder in Bewegung zu bringen. Die Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag, in dem für ca. 150.000 Kautschukzapfer und Plantagenarbeiter Arbeitszeit und -bedingungen festgelegt sind, wurden mit dem Auslaufen des alten Tarifvertrages im Februar 1983 notwendig.

Die NUPW fordert u.a. eine monatliche Bezahlung. Zur Zeit verdienen die Kautschukzapfer täglich 5,45 Ringgit (6,92 DM Grundlohn und einen monatlichen Wohnzuschuß von 45 Ringgit (57,15 DM). Für jedes Kilo gezapften Kautschuks über 9,5 kg täglich wird außerdem noch eine Prämie zwischen 0,22 und 0,33 Ringgit (28 und 42 Pf.) gezahlt. Die anderen Feld- und Fabrikarbeiter auf den Kautschuk-Plantagen erhalten einen Tageslohn von 5,95 Ringgit (7,56 DM).

Ebenfalls gestreikt haben auf einer Kautschuk-Plantage in der Nähe der Stadt Ipoh im August 1984 450 Plantagenarbeiter wegen der völlig unzureichenden Wasserversorgung in ihren Wohnungen, die von der Plantage zur Verfügung gestellt werden.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Consumers' Association of Penang - CAP - (Verbraucher-Verband von Penang) stellte zu den Wohnbedingungen auf den Plantagen folgendes fest:

- die Häuser haben z.T. nur eine Grundfläche von 12 qm, obgleich nach den gesetzlichen Vorschriften für eine bis zu 5-köpfige Familie mindestens 24 qm zur Verfügung gestellt werden müssen,
- 20-30 Haushalte teilen sich etwa 8 Toiletten,
- 10-15 Haushalte müssen sich einen Wasseranschluß teilen, der nur einige Stunden täglich Wasser gibt,
- viele Häuser sind ohne Stromversorgung und dort, wo es Elektrizität gibt, wird diese nur einige Stunden früh morgens und abends geliefert,
- Krippen und Kindergärten, welche die Plantagen für die Babies und Kleinkinder der Plantagenarbeiterfamilien einrichten müssen, sind meistens unhygienisch, z.T. völlig überfüllt und von unausgebildetem Personal beaufsichtigt.

- vgl. ALM Vol. 1, No. 4, S. 5/6

MANGEL AN PLANTAGEARBEITERN?

Nach Angaben der Malaysian Oil Palm Grower's Association Council (Rat des Verbandes Malaysischer Palmöl Pflanzler) bestand 1983 ein Mangel von 7953 Arbeitern auf 472 Plantagen, der zu Umsatzverlusten von 28,49 Mio. Ringgit (36,18 Mio. DM) und damit 3,34 Mio. Ringgit (4,24 Mio. DM) Exportsteuerverlusten geführt hat. Der Verband fordert bessere Verfahren zur Einreisegenehmigung von ausländischen Arbeitskräften.

Auf einer Plantage in der Nähe von Johore Bahru behaupteten

Arbeiter, 220 Malaysische Arbeiter wurden durch illegale Einwanderer aus Indonesien ersetzt. Einige der entlassenen Arbeiter hatten über 10 Jahre auf der Plantage gearbeitet und beschwerten sich darüber bei ihrer Gewerkschaft und dem Arbeitsministerium.

Auf der Plantage wird einheimischen Arbeitern 17 Malaysische Cents (22 Pfg.) für die Beschneidung einer Ölpalme gezahlt, während Indonesier dies für nur 10 Cents (13 Pfg.) machen. Die Gewerkschaft hat -nach eigenen Angaben- bereits mehrere solcher Beschwerden in anderen Landesteilen erhalten.

Auf eine Anfrage im Malaysischen Parlament hin teilte der stellvertretende Innenminister am 21.11.84 mit, daß zwischen Jan. 1981 und Juni 1984 10.230 illegale indonesische Emigranten deportiert wurden. Es gibt allerdings Berichte über Aussagen von anderen Regierungsbeamten, daß von den geschätzten 200 bis 300 Tausend in Malaysia lebenden und arbeitenden Indonesiern etwa die Hälfte illegal in das Land eingereist ist.

Die Polizei in Seremban gab die Entdeckung eines großen Syndikats bekannt, welches sich auf die Rekrutierung von Arbeitskräften aus Sri Lanka und den Philippinen für illegale Arbeit auf entlegenen malaysischen Plantagen spezialisiert hatte.

- vgl. ALM Vol. 1, No. 4, 2. 6, No. 5/6, S. 7

WEITERE VERNICHTUNG VON GEMÜSE ANGEDROHT

Gemüsebauern im Bundesstaat Selangor haben im September 1984 damit gedroht, ihre Gemüseernte zu vernichten, wenn der Großhandelspreis von 6 Cent (8 Pfg.) pro kg sich nicht erhöhen würde. Bereits im Juni haben die Bauern aus Protest gegen den niedrigen Preis, 70 Tonnen Gemüse in die Flüsse geworfen. Der staatlichen landwirtschaftlichen Vermarktungsbehörde wurde vorgeworfen, daß sie ihre Versprechen nach der Krise im Juli nicht eingehalten hätte, Lagerungsmöglichkeiten und Plätze auf den Märkten zur Verfügung zu stellen, sowie eine Untersuchung über die Situation einzuleiten.

- vgl. ALM Vol. 1, No. 5/6, S. 5/6

KONFERENZ IN PENANG ÜBER "DIE 3. WELT: KRISE ODER ENTWICKLUNG?"

Die Consumers' Association Penang (CAP) organisierte vom 9.-14. November 1984 eine Konferenz mit

dem Thema "Die 3. Welt: Krise oder Entwicklung". Etwa 100 Teilnehmer aus 20 verschiedenen Ländern nahmen daran teil. Die Eröffnungsrede hielt der malaysische Minister für Landwirtschaft, Anwar Ibrahim, die mit den Worten schloß: "Eine Entwicklung von Bedeutung muß die Massen von dem Zugriff eines enthumanisierenden Systems befreien und zu einer menschlichen sozialen Ordnung führen".

Am Ende der Konferenz wurde eine 63 Seiten umfassende Deklaration verabschiedet. In der Einleitungserklärung wird u.a. festgestellt, daß die 3. Welt in der Krise stecke und nicht in der Entwicklung, daß die Rohstoffe der 3. Welt von den reichen Ländern ausgebeutet werden, daß das Denken der Menschen in der 3. Welt vom Westen kontrolliert und daß es Zeit wird, für die 3. Welt aufzustehen. Außer der Deklaration wurden noch etwa 100 Resolutionen verabschiedet.

Um die Beschlüsse der Konferenz umsetzen zu können, eine Koordination und Konsolidierung der Kooperation zwischen Entwicklungsgruppen der 3. Welt zu erreichen, wurde ein 3. Welt Netzwerk gebildet. Einstimmig machte die Versammlung CAP zum Sekretariat des Netzwerkes.

- vgl. UK Jan. 1985, S. 9-13

MALAYSISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI GEGRÜNDET

Nach Angaben des Geheimsenders "Stimme des Volkes von Malaysia" am 24.9.1984, wurde die neue Malaysische Kommunistische Partei (MCP) durch den Zusammenschluß der früheren Kommunistischen Partei von Malaysia Marxisten-Leninisten (CPM/M-L) und der Kommunistischen Partei von Malaysia - Revolutionäre Fraktion (CPM/RF) in Abgrenzung zur Kommunistischen Partei Malayas (CPM) gegründet. Sie kritisiert den Führer der DPM Chin Peng, der mit seiner Führungselite schon lange eine falsche Linie verfolgte, die zur brutalen und verräterischen Liquidation der Partei führte. Sie fordert die wahren Revolutionäre in der CPM auf, sich gegen Chin Peng zu wenden.

Der Geheimsender der CPM "Stimme der Malaisischen Demokratie" berichtete am 5.1.1985 über die Erfolge ihrer Partisanen in Malaysia in den Jahren 1980 bis 1984. Dabei seien einige Hundert Regierungssoldaten getötet worden.

- vgl. MD 10.10.84, S. 6/7; 21.1.85, S. 7/8

PULAU LANGKAWI - EIN WELTBEKANNTES FERIEPARADIES AM ENDE DIESES JAHRHUNDERTS?

2 Milliarden Ringgit (= 2,5 Mrd. DM) sollen bis Ende dieses Jahrhunderts zum Ausbau der Insel Langkawi zu einem Touristenzentrum investiert werden. Pulau (=Insel) Langkawi liegt vor der Westküste der Malaiischen Halbinsel etwas nördlich von Penang. Die 30.000 Bewohner der malerischen Insel, deren Schönheit und Geheimnisse schon in alten malaiischen Volksmärchen beschrieben werden, sind Fischer oder Bauern, die vorwiegend Reis, aber auch Gemüse, Tapioka oder Kautschuk anpflanzen.

Bereits im Nov. 1983 hat die malaysische Firma Promet Bhd. mit 10 einheimischen und ausländischen Investoren Vorverträge abgeschlossen, um 7 Hotels mit insgesamt 2.500 Zimmern zu bauen. Die erste Bauphase an der Bucht bei Tanjung Ruh, mit einem Investitionsvolumen von 700 Mio. Ringgit, soll bis Ende 1986 abgeschlossen sein. Bis Ende

1987 ist die Fertigstellung eines internationalen Flughafens, den auch die großen Jumbo-Jets anfliegen können, für 100 Mio. Ringgit geplant. Bis Ende des Jahrhunderts werden auf 1.400 ha 25 Hotels, 2.000 Eigentumswohnungen, ein Stadtzentrum mit Versorgungseinrichtungen für die Beschäftigten, ein Kunsthandwerk Zentrum und eine Einkaufsarkade stehen. Ein Antrag von Promet an die Malaysische Regierung auf Zollfreiheit und Steuerbegünstigung ist bereits gestellt. Mit 10.000 zusätzlichen Arbeitskräften wird bis 1996 auf Langkawi gerechnet.

Die Auffassungen der Inselbewohner zu dem Projekt scheinen unterschiedlich zu sein. Einige sind optimistisch, andere befürchten eine Überfremdung und Zerstörung des friedlichen Langkawi. Umweltschützer haben ebenfalls ihre Bedenken in vielfacher Hinsicht angemeldet.

- vgl. MB 1.9.1984, S. 13-21

sters nach diesem Gesetz können keine Gerichte angerufen werden.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes im letzten Jahr sagte der stellvertretende Innenminister einem Reporter der malaysischen Zeitung "New Straits Times": "Wir beschneiden nicht die Lesemöglichkeiten; wir wollen, daß so viel wie möglich gelesen wird. Aber die Leute wissen, welche Zeitschriften die Regierung nicht mag. Sie müssen wachsam sein und sich von Veröffentlichungen trennen, die nicht in Übereinstimmung mit der Sichtweise der Regierung sind."

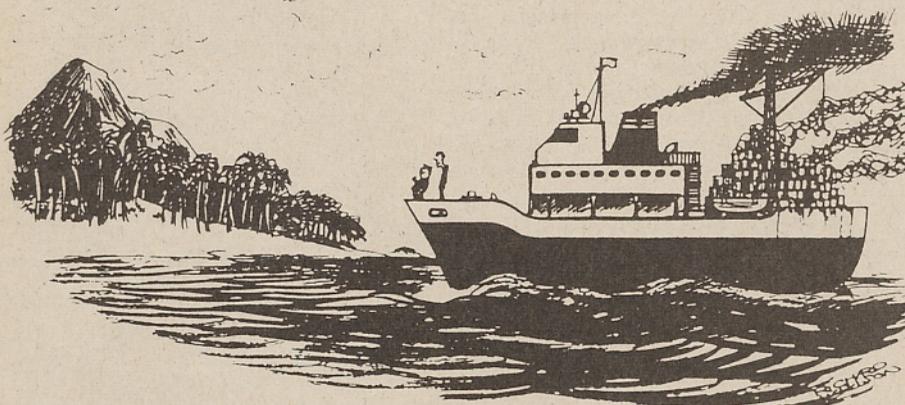
- vgl. FEER 10.1.1985, S. 8 und, 12.4.1984, S. 34/35

OFFENER MEINUNGSUSTAUSCH BEIM 1. "DIALOGUE OF CONCERN"

Als "Dialogue of concern" (Dialog der Betroffenheit) wurde ein Treffen von Vertretern 10 politischer und anderer nichtstaatlicher Organisationen am 9. September 1984 in Kuala Lumpur bezeichnet.

Aliran, die dieses Treffen initiiert hatte, schreibt dazu: "Es muß betont werden, daß diese Dialoge keine Seminare oder wissenschaftliche Konferenzen sind. Sie haben das Ziel, einfache und aufrichtige Analysen von entscheidenden sozialen Herausforderungen zu liefern, und gerechte, machbare Lösungen zu präsentieren. Jeder Dialog wird sich mit einem Thema beschäftigen. Die verschiedensten Gruppen - politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, die ein Interesse am Gemeinwohl haben - werden sich an einen Tisch setzen, um bestimmte Themen wie Armut, Korruption oder Industrialisierung oder allgemeine Belange von Bedeutung, wie die Lage der Nation heute, die Bedrohung der politischen Freiheit oder die Hindernisse auf dem Weg zur nationalen Einheit zu diskutieren". Beim ersten Treffen diskutierten die hochrangigen Vertreter der jeweiligen Organisationen das Problem der Korruption in Malaysia. Abschließend wurde eine Deklaration zum Problem der Korruption in Malaysia verabschiedet, der allerdings die Parti Islam Se Malaysia (PAS) nicht zustimmte, weil sie nicht "islamisch" genug sei.

Obleich die Deklaration an die malaysische Presse weitergegeben wurde, veröffentlichte sie keine Zeitung. Wir drucken daher eine vollständige Übersetzung als Dokumentation ab.



"Hier sind wir Heinrich! Ein tropisches Inselparadies unberührt von der Zivilisation, 200 Tonnen giftige Abfälle und kein Umweltschutz-Beamter auf 500 Meilen in Sicht." (aus AS, Vol.8, No.2, 1984)

ISLAMISCHE TONBÄNDER UND AMERIKANISCHE BÜCHER VERBOTEN

Der stellvertretende malaysische Innenminister gab am 30. Dezember bekannt, daß das neue Druckerei- und Veröffentlichungsgesetz mit Anfang des Jahres 1985 in Kraft tritt. Als erste Maßnahme nach diesem Gesetz wurden 3 Tonkassetten verboten. 2 davon enthielten Reden des indonesischen, islamischen Oppositionellen Abdul Djaelani und das 3. trug den Titel "Unterdrückung von Religionslehrern und über den Islam in Indonesien". Gleichzeitig wurden 2 von Amerikanern geschriebene Bücher verboten: "A Christian Response to Islam" ("Eine christliche Antwort auf den Islam") von William M. Miller und "Think and Grow Rich" ("Denke und werde reich") von Napoleon Hill.

Das am 28.3.1984 vom malaysischen Parlament verabschiedete Gesetz gibt dem Innenminister weitgehende Möglichkeiten, Bücher und andere Publikationen zu verbieten. Das gilt auch für Video- und Ton-Kassetten. Allein der Besitz von nicht genehmigten Druckerzeugnissen oder Kassetten kann unter Strafe gestellt werden, und das Gesetz gibt der Polizei das Recht, ohne richterliche Zustimmung Hausdurchsuchungen nach solchem Material vorzunehmen. Importeure von ausländischen Publikationen müssen eine vom Innenminister festgelegte Sicherheitssumme hinterlegen, um diese einführen zu dürfen. Für einheimische Zeitschriften bestand bereits vorher eine Regelung, nach der Herausgeber jedes Jahr von neuem sich die Genehmigung vom Innenminister holen mußten. Gegen die Entscheidungen des Innenmini-

Besonders bemerkenswert ist dieses Treffen, weil zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Malaysias (1959) sich politische Parteien und nichtstaatliche Organisationen an einen Tisch setzen, um wichtige soziale Probleme zu diskutieren und einen gemeinsamen Standpunkt dazu einzunehmen. Auch ist die Tatsache, daß es sich dabei um Gruppierungen handelt, die von verschiedener ethnischer Zugehörigkeit

sind, für ein Land wie Malaysia mit zunehmenden Spannungen zwischen den 3 ethnischen Gruppen Malayen, Chinesen und Indern, von großer Bedeutung.

Der "Dialogue of Concern" soll in Zukunft alle 4 Monate abgehalten werden. Für Januar 1985 ist das Thema "Armut" vorgesehen.

- vgl. ALIRAN Vol. 4, No. 11, S. 1-5

Dokumentation

DEKLARATION ZUM PROBLEM DER KORRUPTION IN MALAYSIA

Korruption ist eine gesellschaftliche Plage. Beispiele aus der Geschichte zeigen, daß Korruption ein wesentlicher Grund für den Niedergang und Verfall von Gesellschaften war. Korruption ist nicht nur einfach ein rechtlicher Begriff. Korruption beinhaltet politische, wirtschaftliche, psychologische und moralische Dimensionen. Deswegen betrachten wir Korruption von einem ganzheitlichen Ansatz.

Obwohl die Regierung einige Versuche unternommen hat, diese Plage zu beseitigen, gibt es überhaupt keinen Zweifel darüber, daß das Problem eher schlimmer geworden ist. Indirekte Belege sind die wohlhabende Lebensweise von Individuen und Gruppen, die weit über das hinausgeht, was ihr rechtmäßig erworbenes Einkommen erlauben würde. Die eskalierenden Kosten für bestimmte Projekte und der steile Preisanstieg von Gütern, der nicht streng mit ökonomischen Gründen erklärt werden kann, sind zeitweilig auch Hinweise auf Korruption.

In den vergangenen Jahren war das Wahlsystem unterschiedlich von Korruptionspraktiken betroffen; die gravierendste Erscheinung dabei ist der Stimmenkauf. Es gibt ebenso genügend Belege von Korruption bei der Landzuteilung. Das letzte Beispiel, welches das Gewissen der Nation wachgerüttelt hat ist natürlich der BMF Skandal. Vorwürfe von moralischer Schwäche bei Ministern und Menti Besars und Korruptionsbeschuldigungen gegen die Straßen und Transport Behörde müssen untersucht werden.

Aufgrund von verschiedenen sozialen Tendenzen, ist es leicht einzusehen, daß Korruption in Zukunft immer schlimmer wird. Erstens, der Staat ist heute an Großprojekten und -vorhaben be-

teiligt, die in die Millionen Ringgit gehen. Dies fördert die Gelegenheit für Bestechung. Wenn irgendetwas, dann eröffnet gerade die aktive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Großunternehmen die Platte für Käuflichkeit, insbesondere wenn keine ausreichenden Vorkehrungen dagegen getroffen werden. Das bedeutet nicht, daß die Regierung keine Großprojekte mehr angehen soll oder daß es überhaupt keine Beziehungen zwischen privatem und öffentlichem Sektor geben soll. Alles, was zu bedenken gegeben wird, ist, daß in einer Situation, in der Korruption noch nicht unterbunden ist, die sich verändernde Rolle des Staates zwangsläufig bestimmte ungünstige Auswirkungen haben muß.

Zweitens, da unsere wirtschaftliche Entwicklung uns in die Richtung einer materialistisch orientierten Gesellschaft bringt, werden Individuen und Gruppen, insbesondere aus der Mittel- und Oberschicht immer habsüchtiger. Habsucht und auffälliger Konsum gehören zu den wesentlichen Charakteristiken unserer Gesellschaft. In solch einer Gesellschaft wird es größere Tendenzen zur Korruption geben, denn es wird der leichteste Weg sein, um den Wunsch nach Luxus und Grandeur zu befriedigen.

Drittens, wenn die mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft mehr materialistisch und habsüchtiger geworden sind, wird das wirtschaftliche Wachstum nicht mehr die frühere Steigerungsrate beibehalten können, was große Gehaltserhöhungen und rapide soziale Mobilität unmöglich machen wird. Wenn der allgemeine Lebensstandard an fängt zu stagnieren, werden Gruppen, die einen ausschweifenden Lebensstil gewohnt sind, in die

Versuchung geraten, Korruptionspraktiken nachzugehen.

Jedoch diese sozialen Tendenzen sind lediglich symptomatisch für grundlegende Schwächen in der Struktur unserer Gesellschaft und in unserem Wertsystem, welche es gestatten, daß Korruption sich ausbreitet. Solange politische, administrative, wirtschaftliche und intellektuelle Macht nicht gleich verteilt ist, wird Korruption gedeihen. Ebenso wird es nicht möglich sein Korruption auszuradieren, solange die Gesellschaft nicht auf starken moralischen Grundlagen verankert ist. Die die Gesellschaft leitenden Ideen und Werte müssen von einer breiteren geistigen Weltanschauung hergeleitet werden, nicht von einer engen materialistischen und konsumorientierten. Desgleichen ist eine politische Führung, die durch Taten - nicht Worten - zeigt, daß sie entschlossen ist Korruption zu vernichten, eine notwendige Voraussetzung im Kampf gegen dieses Krebsgeschwür. In diesem Zusammenhang hat unsere politische Führung sich nicht als so vorbildlich gezeigt, wie es von ihr erwartet werden kann. Die teuren Renovierungsarbeiten an der Residenz des Premierministers zum Zeitpunkt großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten sind ein solcher Fall.

Da es unwahrscheinlich ist, daß die soziale Struktur, das Wertsystem oder die politische Führung sich in einer vorhersehbaren Zukunft wesentlich ändern werden, ist es nur recht und billig, daß wir bestimmte Gegenmittel der Regierung vorschlagen, welche im Rahmen der gegebenen Verhältnisse machbar sind.

1. Die Regierung sollte die Anti-Korruptions Gesetze erneut auf ihre Effektivität überprüfen. Insbesondere das Gesetz zur Verhinderung von Korruption muß einer gründlichen Revision unterzogen werden. Das Ziel dabei sollte sein, eine gerichtliche Verfolgung zu erleichtern, ohne dabei die Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit zu verletzen.
2. Die Anti-Korruptions Behörde sollte eine völlig unabhängige und autonome Einrichtung sein, die direkt vom Parlament kontrolliert wird.
3. Alle Mitglieder des Bundesparlaments und ihre jeweilige Familien sollten gesetzlich verpflichtet werden, jährlich ihr Vermögen in einer öffentlichen Bekanntmachung, offenzulegen, die jedem einfachen Bürger leicht zugänglich ist.
4. Eine königliche Untersuchungskommission sollte eingerichtet werden, die alle Formen der Korruption seit der Unabhän-